

Schwarz-Gelb spaltet Studierende



Nicht EU-Ausländer*innen: Begraben unter Schulden oder kein Zugang mehr zur Bildung. (Foto: rod)

Stell dir vor, es gibt Studiengebühren und viele Allgemeine Studierendenausschüsse (ASten) schweigen. Über eine Woche ist vergangen, seit die designierte Koalition aus FDP und CDU verkündet hat, dass es erneut Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen geben soll. Ausschließlich Nicht-EU-Ausländer*innen sollen demnach einen Betrag von 1.500 Euro pro Semester zahlen, um die „Studienqualität an den Hochschulen zu verbessern“, so die Gründe für die Erhebung. Der Widerstand fällt verhalten aus.

Als bevölkerungsreichstes Bundesland steht Nordrhein-Westfalen auch in puncto Hochschulen an der Spitze: 776.114 eingeschriebene Studierende zählte das Statistische Bundesamt im Wintersemester 2016/2017. Bundesweit sind es rund 12,8 % internationale Studierende, von denen einige in Zukunft exklusiv zur Kasse gebeten werden, weil sie nicht aus EU-Ländern kommen. Die Gebühren empfinden viele Studierende als diskriminierend. Erst am Freitag, 9. Juni, bei der fünften Koalitionsrunde von FDP und CDU, protestierten Studierende gemeinsam mit der NGO Campact in Düsseldorf gegen Studiengebühren jeglicher Art (akduell berichtete). Viele Studierendenvertretungen scheinen sich mit der aktuellen Situation jedoch zufrieden zu geben und bestätigen Christian Lindner (FDP) in seiner Annahme eine „sozial ausgewogene“ Entscheidung „im Interesse der Studierenden“ getroffen zu haben.

Wahlanfechtung versus Studiengebühren

Dabei war nicht zu überhören, dass insbesondere der Bundesverband der ausländischen Studierenden (BAS) schon in Baden-Württemberg gegen die diskriminierenden Gebühren mobil machte und sich auch in NRW empört zeigte. Selbst der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen

(LHG) rügte die Entscheidung in einer Pressemitteilung als „Symbolpolitik [...] zu Lasten der ausländischen Studierenden.“ Für allgemeine, nachgelagerte Studiengebühren sprechen sie sich jedoch weiterhin aus.

Die ASten der Hochschulen in NRW hielten sich bislang mit Statements zurück. Lediglich drei äußerten sich öffentlich, so unter anderem Imke Ahlen, Vorsitzende des AStAs der Universität zu Köln. Sie nannte die Einführung der Studiengebühren „rassistisch“ und fordert, dass „der gesamte Bildungsweg [...] kostenfrei sein“ müsse. Auch der Vorsitzende des AStAs der RWTH Aachen, Wenzel Wittich, fand kritische Worte beim *Hochschulradio Aachen*: „Eine bessere Finanzierung ist sicherlich sinnvoll, aber [...] auf so eine Art und Weise sicherlich nicht“, so Wittich.

Der AStA der Hochschule Niederrhein hat derweil eine Initiative gestartet und sammelt Spenden, um eine Wahlanfechtung zu unterstützen und damit die schwarz-gelbe Landesregierung auf der Zielgeraden zu stoppen. Erst nach dem Wahlabend stellte sich heraus, dass auf der Landesliste der FDP Personalien vertauscht wurden, weshalb rechtliche Rufe nach einer Anfechtung laut wurden. Bislang konnte der AStA der Hochschule Niederrhein nur 108 Euro von den angestrebten 9.000 Euro sammeln.

Campact: „Riesen Erfolg“

Derweil hüllen sich viele ASten des Landes in betretenes Schweigen – mindestens 24 ASten des Landes haben sich bislang nicht öffentlichkeitswirksam geäußert – so auch der AStA der Universität Duisburg-Essen, der noch im April, gemeinsam mit einigen anderen ASten, eine Demo gegen Studiengebühren organisierte. Das Studierendenparlament der Universität Duisburg-Essen hat sich in der Vergangenheit oft deutlich gegen alle Studiengebühren ausgesprochen (akduell berichtete), in der Beschlusslage steht es über dem AStA.

Im Fokus: Koalitionsvertrag



Was Schwarz-Gelb für NRW will, was das für Studierende bedeutet und wie sicher das Land werden soll, lest ihr auf den **Seiten 4/5**.

Überall Antisemitismus



Der Konflikt um die *Arte*-Doku über Antisemitismus unter der aktuell-Lupe auf **Seite 7**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Für den Verein Campact ist der Protest sogar beendet, wie aus E-Mails hervorgeht, die der aktuell vorliegen. Dort heißt es: „In unserer Kampagne ging es um die Studiengebühren für die Studierenden in NRW und die konnten zum Glück zum richtigen Zeitpunkt doch noch verhindert werden“, weitere Möglichkeiten Einfluss zu nehmen seien nicht gegeben. Dabei ist die neue Landesregierung noch gar nicht im Amt, auch entsprechende Gesetze wurden nicht debattiert und abgestimmt. Absurd erscheint, dass internationale Studierende demnach offenbar nicht zu NRW gehören. Für Campact ist das – trotz institutioneller Diskriminierung – „ein riesiger Erfolg“, auch dank ihrer Bündnispartner*innen wie z. B. das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren oder das Landes-ASten-Treffen NRW, die sie nun jedoch im Stich lassen.

Katrin Lögering, Sprecherin des Landes-ASten-Treffen NRW, wird weiter kämpfen und hofft, „dass die Studierendenschaft sich nicht spalten lässt.“ In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob die Studierendenschaft in Nordrhein-Westfalen Seite an Seite steht, wenn Kommiliton*innen ihr Recht auf Bildung versagt bleibt. **[rod]**

Politisches Posten unerwünscht

Kommentar

NRW-Studiengebühren sind blanker Hohn

Ein Kommentar von Daniel Veutgen

NRW macht BaWü – FDP und CDU haben entschieden, Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern einzuführen. Mit 1.500 Euro pro Semester werden sie zur Kasse gebeten. Doch der Preis könnte noch deutlich höher sein: Für die Universitäten, die sich gern mit ihrer Internationalität rühmen, wird genau eben jene riskiert. Neben dem materiellen Verlust bei internationalen Studierenden droht somit auch ein kultureller Verlust für alle Studierenden. Ob diese Summe in ihrer Gänze „ungeschmälert zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung gestellt wird“, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, muss sich ebenfalls noch zeigen. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg gehen gerade einmal 300 Euro direkt an die Universitäten, der Rest in den Haushalt des Landesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Dass die Studiengebühren die besagte Gruppe treffen, dürfte vor allem an der fehlenden Lobby liegen. Studiengebühren für alle? Können wir nicht machen, immerhin ist dieses Jahr noch Bundestagswahl. Zu viele junge Wähler*innenstimmen stehen auf dem Spiel. Lassen wir es doch lieber Ausländer*innen bezahlen, die sind ja eh nicht wahlberechtigt – so vermutlich die Überlegungen von FDP und CDU. Außerdem können beide so nach außen ihre Wahlversprechen als gehalten verkaufen. Die Union kann behaupten, ihre Wähler*innen vor den Gebühren bewahrt zu haben und die FDP ist zufrieden, dass wenigstens irgendjemand zahlt.

Ausländer*innen für Sanierungen zur Kasse bitten, aber es sich nicht mit deutschen Steuerzahler*innen verscherzen wollen – an was erinnert das noch gleich? Ach ja, an die vieldiskutierte PKW-Maut von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), die nach einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags eine nach EU-Recht verbotene Diskriminierung darstellt. Warum fragt eigentlich niemand bei Studiengebühren für internationale Studierende nach der EU-rechtlichen Perspektive?

Als „blanker Hohn“ dürften nun viele ausländische Studierende die neuen Studiengebühren empfinden. Wenn die Herkunft entscheidet, wer zahlen muss und wer nicht, dann ist das nicht nur diskriminierend, es ist rassistisch.

Kompetenzüberschreitung – das wurde vergangene Woche dem AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) attestiert. Das Teilen einer Facebook-Veranstaltung, die zur Teilnahme an den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD aufrief, zog einen Beschluss des Rechtsausschusses (RA) des Studierendenparlaments der HHU nach sich. Eingereicht wurde die Beschwerde gegen den AStA von einem Mitglied des RCDS der HHU.

„Am Samstag könnt ihr in Köln für Solidarität und gegen Hetze demonstrieren“, mit diesem Statement teilte der AStA der HHU auf seiner Facebook-Seite eine Veranstaltung, die gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln am 22. April mobil machte (akduell berichtete). Nach Eingang einer Beschwerde bezüglich fehlender politischer Neutralität berief sich der Rechtsausschuss in seinem Beschluss auf das Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Osnabrück vom 21. Juli 2015, das sich auf einen ähnlichen Fall bezog. Einem AStA-Mitglied wurde damals vorgeworfen, sich „allgemeinpolitisch zu viel zu betätigen“. Die Klage wurde abgewiesen, allerdings wurde in 12 von 62 Fällen eine „Überschreitung der Grenze zur allgemeinpolitischen Betätigung“ festgestellt. Für das VG galt bereits das Hinweisen auf eine Demonstration als Aufruf zu deren Teilnahme, dazu gehörte das Teilen von ACTA-Protestveranstaltungen oder Events gegen die NPD, damals vom AStA mit der Forderung der „NPD kreativ und entschlossen entgegen zu treten“ versehen.

„Gemeinsam gegen den Bundesparteitag der AfD in Köln. Solidarität statt Hetze“ lautete der Titel der verlinkten Facebookveranstaltung vom Mai 2017, organisiert vom Bündnis Köln gegen Rechts. Das Aufrufe zu Demonstrationen stünden für Rechtsausschuss-Mitglied Alexander Hobusch (Jusos) generell nicht mit den Kompetenzen des AStAs in Konflikt, sondern der spezielle Fall: „Der Veranstaltungsname war auch ein Grund, weshalb wir im Rechtsausschuss Bauchschmerzen hatten. Wenn der AStA zum Demonstrieren gegen diese Partei aufruft und man das mal auf andere Parteien überträgt, die gesellschaftlich nicht so am Rand stehen wie die AfD – ich weiß nicht, ob das richtig ist, ob sich ein AStA das anmaßen kann“, so Hobusch. Er weist darauf hin, dass der Beschluss bei der Verlinkung einer Veranstaltung, „die sich nicht so eindeutig parteipolitisch äußert, sondern sagt, wofür demonstriert wird statt wogegen“, auch anders hätte ausfallen können.

Der RA prüfte den Sachverhalt in drei Punkten: ob eine gesetzliche Grundlage für reines Informationshandeln erforderlich gewesen ist, ob das Teilen der Veranstaltung im Zuständigkeitsbereich des AStAs lag und schließlich inwiefern die



Der AStA der HHU darf sich nicht gegen die AfD stellen. (Foto: lenz)

Handlung mit dem gebotenen Neutralitätsgebot vereinbar ist. In den ersten zwei Punkten stellt sich der Ausschuss auf die Seite des AStAs. Zuständigkeitsbereich und Informationshandeln waren gedeckt, dem Neutralitätsgebot folgte die Handlung laut Beschluss aber nicht. Die Campus Alternative – die universitäre Vertretung der AfD – wurde als benachteiligt interpretiert. Damit wurde das Neutralitätsgebot gegenüber den anderen angeführten Punkten des Hochschulgesetzes stärker gewichtet. Der Beschluss schließt mit den Worten: „Der AStA muss bei zukünftigen Hinweisen auf allgemeinpolitische Veranstaltungen in besonderem Maße auf die ihm obliegende Pflicht zur parteipolitischen Neutralität achten.“

Wie der Beschluss sich auf die zukünftige Arbeit des AStAs auswirken wird, darüber sind sich die hochschulpolitischen Listen der HHU uneinig. „Der AStA wird in Zukunft Schwierigkeiten haben, sich antirassistisch zu positionieren, da rassistische Entgleisungen öffentlichkeitswirksam aktuell in erster Linie von AfD und auch Campus Alternative ausgehen. Dass viele Rassist*innen in der Partei arbeiten und auch viele Faschist*innen versuchen, sie nach ihren Vorstellungen zu gestalten, ist ja kein Geheimnis“, schätzt AStA-Vorsitzender Philip Zeitner (Die Linke.SDS) die Lage ein.

Die Campus Alternative begrüßt den Beschluss, während sie den AStA auf ihrer Facebook-Seite als „rote Krawallbrüder“ betitelt. Und schreibt weiter: „Der AStA ist von Personen durchsetzt, deren einziges Ziel es zu sein scheint, neutrale Institutionen für ihr linkisches Ränkespiel zu missbrauchen“. Antragstellende vom RCDS freuen sich über positive Auswirkungen, „sodass der AStA in Zukunft mit mehr Fingerspitzengefühl auftritt und sich allen politischen Akteuren gegenüber fair und neutral gegenüber verhält, [...] spricht: Inhalte und Verhalten, statt Parteien, kritisieren.“

Von der LHG lag bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme vor. Die ebenfalls angefragte Liste Die Liste, welcher der Partei Die Partei nahe steht, bleibt mit ihrer Einschätzung ihrem Ruf treu: „Wir halten es für unwahrscheinlich, dass der AStA in Zukunft arbeiten wird. Die bekommen ihre Bezahlung ja auch so.“ [lenz]

Der Gipfel hinter Hamburger Gitter

Beim G20-Gipfel kommenden Juli in Hamburg werden Vertretende der neunzehn wirtschaftsmächtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie der EU über Stabilität im Finanzsystem, Umweltpolitik und Migration sprechen. Verschiedene Gruppen rufen zu Protesten und Blockaden auf. Die Reaktion lautet: scharfes Polizeiaufgebot, Sperrzonen und Delegitimation der Proteste. Gründe und Hoffnung des Widerstands erklären unter anderem attac, das Bündnis Ums Ganze und die Interventionistische Linke (IL).

Weil Hamburg symbolisch für Weltoffenheit stehe, lädt die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dort zum zwölften Gipfeltreffen ein. Unternehmen und Staatsdienende in etwa China, den USA, Brasilien oder der Türkei würden laut *Tagesschau* etwa 90 Prozent des Weltwareneverkehrs kontrollieren. Unter anderem diese Macht soll sie dazu befähigen, Lösungen zu Steuerflucht und Antibiotikaresistenzen zu finden – im Gegensatz zu Militärbündnissen wie der NATO gibt es jedoch keine Sanktionen, wenn Beschlüsse von Staaten nicht eingehalten werden.

Deutschland kann als diesjähriger Präsidiums vorsitz inhaltliche Schwerpunkte festlegen: Afrika- und Geschlechterpolitik. Im Vorfeld berief Merkel etwa den G20 Women (akduell berichtete) oder einen Kongress mit Vertretenden afrikanischer Staaten ein. Keine*r von ihnen wird am tatsächlichen Gipfel teilnehmen. Hauptthema bleibt: stabiles Wirtschaftswachstum. So entarnen sich Widersprüche, wenn Klimaschutz propagiert wird, letztlich aber weiterhin fossile Brennstoffe subventioniert werden. Oder durch „Infrastrukturprojekte“ in afrikanischen Staaten, die laut attac bloß Privatisierungen seien und nur für ausländische Investierende ein gewinnbringendes Projekt.

Action?

Während der Proteste ist mit über 15.000 Beamten der größte Polizeieinsatz der Stadt Hamburg geplant. Sicherheitszonen, Aufhebung des Versammlungsgesetzes, erweiterte Personenkontrollen, Sofort-Gefängnisüberführungen in traditionell linken Vierteln. All das, wozu die erhebliche Finanzierung gehört, wird von Gegner*innen als Machtdemonstration aufgefasst, teilweise als historisches Moment der Innenpolitik: Aufrüstung als Übung für folgende Proteste. „Ein Steinwurf von der Flora entfernt“, schreibt das autonome Zentrum Hamburgs zum Gipfeltreffen und gibt Ausblick auf bevorstehende Eskalationen. Die Polizei erwartet von den vermuteten 6.000 Protestierenden teils gesetzeswidriges Verhalten, das jedoch als „ziviler Ungehorsam“ gelten kann.

Bundesweit fanden seit Ende vergangenen Jahres Aktionskonferenzen statt, um über geplante G20-Proteste und Hintergründe zu informieren. So auch im März in Berlin. Ein Sprecher vom Bündnis ums Ganze, bestehend aus kommunistischen Gruppen, erklärt dort die Finanzsi-

tuation als „stagnierende kapitalistische Akkumulation“, der mit „Klassenkampf von oben“ entgegengewirkt werden soll. Durch Auflösung des Ost-West-Blocks habe sich eine multipolare Weltordnung etabliert, die im Wandel von G8 zu G20 ihre Visualisierung finde. Bestehende politische und wirtschaftliche Macht werde durch Absprachen der geopolitischen Interessenssphären stabilisiert, obwohl gerade diese Machtverhältnisse viele Punkte der G20-Agenda verursachen: Krieg, Terrorismus, Klimawandel. Die Lösungsstrategie: Wirtschaftswachstum. Um das zu erreichen, bewegen sich G20-Regierungen im neoliberalen Pol zwischen Protektionismus à la Donald Trump und globalem Freihandel, und zwar beides innerhalb der vorherrschenden Ideologie des Wachstumszwangs und der Standortkonkurrenz, die zum Abbau sozialer Sicherungen, Lohndumping und dem Aufweichen von Verbraucherschutz führe. Damit werden Unternehmen Profitzuwachs durch beispielsweise Exportsteigerungen ermöglicht – das wiederum lokale Märkte anderswo zerstört – et voilà: der deutsche Weg für „globales Wachstum“.

Wie, radikal?

Die FDP hingegen lobt den Dialog an sich, und die Evangelische Kirche will bloß Beethovens 9. Symphonie nicht Autokraten wie Erdogan in der Elbphilharmonie servieren. Schärfere Kritik formuliert beispielsweise attac: „Die G20 ist [...] ein informelles Gremium ohne jede demokratische Legitimation“. Gemeinsam mit beispielsweise der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Geflüchteteninitiativen organisieren sie am Mittwoch, dem 5. und Donnerstag, 6. Juli, einen alternativen „Gipfel der Solidarität“ in der Kulturfabrik Kampnagel. Beide Tage werden von einer Nachtzandemo am 5. Juli (von attac mitorganisiert) und einer „Welcome to Hell“-Demonstration von autonomen und anti-kapitalistischen Gruppen am 6. Juli untermauert, die jeweils unterschiedliche Ansätze haben, den Gipfel zu kritisieren.

Während attac konkrete Entscheidungen und demokratische Mängel in Institutionen anprangert, geht es anderen Bündnissen und Gruppen um mehr: ein radikaler Systemwechsel wird angestrebt, ohne nationale Regierungen, die für Ausbeutung den gesetzlichen Rahmen festlegen. Heiß wird es wohl tatsächlich am Freitag, 7. Juli, wo Ums Ganze zu Blockaden des Hafens als Angelpunkt des Warenverkehrs appelliert während die Interventionistische Linke (IL) und kurdische Gruppen als Teil des NoG20-Bündnisses dazu mobilisieren, sich „in einem kollektiven Regelübertritt“ in abgesperrte Bereiche zu begeben um den Gipfel zu stören. Auch Schüler*innen streiken an diesem Tag. Am Samstag enden die Aktionstage mit einer internationalen Großde-



Auf dem Podium: Plakate der Protest-Bündnisse bei der, vom StuPa finanzierten, Veranstaltung im AZ Mülheim. (Foto: lys)

monstration, wohin die verschiedenen Gruppen und Bündnisse, trotz weltanschaulicher Unterschiede und Abstufungen der Radikalität der Kritik, zusammen aufrufen. Gemeinsam bleibt die Ablehnung von Abschottung, Wut angesichts freiem Warenverkehr bei gleichsam ertrinkenden Menschen sowie die Erkenntnis, dass nachhaltige Investition für Wenige oft auch nachhaltige Ausbeutung von Vielen bedeutet.

Eventpolitik?

Bei der Podiumsdiskussion im AZ erzählten Aktivist*innen von IL und Ums Ganze, eingeladen von der Duisburger Gruppe *Crème Critique*, dass durch, auch teilweise militante, Protesttage „der soziale Widerspruch artikuliert“ werden soll. Dieser lege den „Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates offen“, welcher sonst „nur als abstraktes Geltungsverhältnis“ sichtbar sei. „Wir wollen ins Herz der Bestie“, positioniert sich die IL-Aktivistin, „kreativ, sich und andere schützend und solidarisch“. Campact jedoch sei aus dem Demonstrationsbündnis wegen fehlender Distanzierung zu Gewalt ausgetreten. Sie dazu: „Gewalt? Lass darüber reden, was im Mittelmeer passiert.“

Verschiedene Gruppen gründeten sich im Zuge der G8-Proteste 2007. Beim kommenden Event wird Ähnliches gewünscht, aber keine*r der Podiumsteilnehmenden wagt zu hoffen, dass mehr als Symbolkraft die Nachwirkung der Proteste sein wird. Wieso statt der Organisation von Eventpolitik die eingeladenen Gruppen keine sozialen Kämpfe führen, wird mit Zeitmangel erklärt. Man stehe hobbymäßig einer hauptberuflichen Organisationsmacht gegenüber. Vom Zwang zu Lohnarbeit und Warenkonsum kann sich bisher niemand freisprechen. [lys]

Schluss mit schlechter Laune?



Ab dem 27. Juni aller Voraussicht nach NRWs neuer Ministerpräsident: Armin Laschet von der CDU. (Foto: Jou-Watch/flickr.com, CC BY-SA 3.0 DE)

Knapp einen Monat nach der Landtagswahl haben Armin Laschet (CDU) und Christian Lindner (FDP) den Koalitionsvertrag ihrer künftigen schwarz-gelben Landesregierung der Öffentlichkeit präsentiert. Bei der anderthalbstündigen Landespressekonferenz in Düsseldorf am Freitag, 16. Juni, verkündeten sie ihre Zielvorstellung für die kommenden fünf Jahre. Wir haben uns angeschaut wie in NRW die Zukunft insbesondere in den Sektoren Bildung, Klima, Migration und Arbeit gestaltet werden soll.

Der 121 Seiten starke Koalitionsvertrag von Christdemokrat*innen und Freien Demokrat*innen liest sich wie eine Rückabwicklung der bisherigen rot-grünen Regierung. „Wir wollen die Aufbruchsstimmung im Land nutzen für eine Aufholjagd in Nordrhein-Westfalen“, betonte der designierte Ministerpräsident Laschet zu Beginn der Pressekonferenz. Der FDP-Vorsitzende Lindner fügte hinzu: „Die Zeit der schlechten Laune, der Bevormundung, der Geringschätzung der Bürgerinnen und Bürger, getarnt in der Kümmerer-Attitüde, ist vorbei“.

Revision der rot-grünen Bildungspolitik

Bezogen auf den Bildungssektor heißt das konkret: Weg von G8 und zurück zum Abitur nach neun Jahren. Ab dem Schuljahr 2019/2020 soll an allen Gymnasien der neunjährige Bildungsgang zumindest im Regelfall wieder eingeführt werden. „Für Gymnasien, die beim achtjährigen Bildungsgang verbleiben wollen, wird eine unbürokratische Entscheidungsmöglichkeit für G8 eröffnet“, heißt es zusätzlich im Koalitionsvertrag. Begabte Schüler*innen wollen CDU und FDP besonders fördern. Dazu wollen sie „einen Masterstudiengang etablieren, in dem begleitend zum fachbezogenen Lehramtsstudium ein Schwerpunkt auf die Begabungs- und Hochbegabtenförderung gelegt wird“. Dabei stellt

sich die Frage, warum das Lehramtsstudium nicht auch im gleichen Maße in Bezug auf lernschwächere Kinder angeglichen werden kann. In Punkto Inklusion setzt die CDU durch, was auch bereits im Leittrag festgehalten worden war: Eine Wahlmöglichkeit zwischen Förderschulen und inklusiver Regelschule solle weiterhin allen Familien freistehen. „Das Ziel ist aber möglichst viele von den 35 Förderschulen in NRW behalten zu können“, betonte Laschet bei der Landespressekonferenz. Gleichzeitig bedeutet die Strategie von FDP und CDU aber auch, dass wahrscheinlich Sonderpädagog*innen von Regelschulen zu Gunsten von Förderschulen abgezogen werden müssen.

Viel Unmut hatte bereits vor über einer Woche die Bekanntmachung der FDP auf sich gezogen, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen einführen zu wollen (aktuell berichtete). Damit werden die von den Liberalen geforderten nachgelagerten Studiengebühren für alle Studierenden (aktuell berichtete) nicht umgesetzt. „Für eine Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen an den Hochschulen des Landes sind zusätzliche finanzielle Ressourcen unerlässlich“, heißt es nun im Koalitionsvertrag. Steht an anderer Stelle noch „Wir wollen ein Nordrhein-Westfalen, das Chancen für alle bietet“, zeigt sich in punkto Hochschule bereits, dass dies nicht der Fall ist. Künftig sollen Studierende aus Nicht-EU-Ländern 1.500 Euro pro Semester zahlen. Davon ausgenommen sind sogenannte „Bildungsinländer“, also ausländische Studierende an deutschen Hochschulen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben, und Studierende aus Entwicklungsländern, sowie anerkannte Geflüchtete und Studierende mit „besonderen sozialen Härten“. „Die zusätzlichen Einnahmen des Landes werden den Hochschulen ungeschmälert zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung gestellt“, verspricht der Vertrag. Mit dem Vorsatz Hochschulen mit „international sichtba-

rem Profil“ zu etablieren, passt dieses Konzept nicht zusammen.

Auch der CDU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) der Universität Duisburg-Essen verkündete: „Auch wir finden das geplante Modell der Studiengebühren nicht gelungen“. Yasmine Souhil vom Internationalen Referat des AStAs betont in einer Pressemitteilung zudem: „Es ist ein fataler Fehler und ein Widerspruch zur Willkommenskultur in Zeiten von steigendem Rassismus und Gewalt, den Zugang von benachteiligten ausländischen Studierenden zur Bildung zu verwehren.“ Zuspruch erhält der Plan der designierten Landesregierung hingegen von der Liberalen Hochschulgruppe Duisburg-Essen (LHG), die ebenfalls die Unterfinanzierung sowie die Betreuungssituation an den Hochschulen kritisiert. Man sei sich „sicher, dass bessere Hochschulen und eine hochwertige Betreuung von ausländischen Studierenden viele Studierende aus der ganzen Welt nach NRW locken“ würden. Obgleich sich das Studierendenparlament der UDE gegen Studiengebühren ausgesprochen hatte (aktuell berichtete), wird eine Stellungnahme des AStAs zu den Vorhaben in NRW vergeblich erwartet.

Was ändert sich sonst noch an Hochschulen?

Im Bereich der Studienplatzvergabe im Fach Medizin soll darauf hingewirkt werden, „dass jenseits der Abiturnote auch andere Auswahlkriterien zur Erlangung eines Studienplatzes“ stärker berücksichtigt werden. Konkreter wird der Vertrag an dieser Stelle jedoch nicht. Der RCDS kommentierte: „Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn Studienplätze nicht nur nach Abinote vergeben werden“. Dem schließt sich die LHG an.

Auch das Hochschulgesetz möchten CDU und FDP überarbeiten. Schon im Wahlprogramm warb die FDP damit, Universitäten den Zugang zu Drittmitteln erleichtern zu wollen und befürworteten Kooperationen mit der Wirtschaft. Laut Koalitionsvertrag soll nun die „Pflicht zur Aufnahme von Zivilklauseln in die Grundordnungen der Hochschulen“ abgeschafft werden. Zivilklauseln dienen der Sicherstellung, dass an Universitäten keine militärische Forschung betrieben und auf Gelder aus der Rüstungsindustrie verzichtet wird. Laut LHG stehe das Bestreben der neuen Landesregierung nicht im Widerspruch mit der geforderten freien Wissenschaft: „Zivilklauseln schränken die im Grundgesetz garantierte Wissenschafts- und Forschungsfreiheit in unzulässiger Weise ein und gefährden damit die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und Forschung“.

Schwerpunkt: Innere Sicherheit und Migration

Besonders die CDU hatte mit den Themen Innere Sicherheit und Bekämpfung von Kriminalität Wahlkampf gemacht. Der Koalitionsvertrag legt dafür fest, dass das Personal für Polizei und Jus-

tiz ausgebaut werden soll. Gleichzeitig soll die von der Rot-Grün 2016 eingeführten Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt*innen wieder abgeschafft werden. Zur Bekämpfung der Straßenkriminalität soll es zudem mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen geben, nicht nur in kriminellen Milieus „Eine flächendeckende Überwachung findet nicht statt“, relativiert der Vertrag jedoch gleichzeitig. Generell legt Schwarz-Gelb fest: Für Kriminelle und Rechtsbrecher soll künftig Eine Null-Toleranz-Strategie gelten, betonte Armin Laschet.

Im Koalitionsvertrag machen sich CDU und FDP für eine der Bedürfnisse des Marktes „geordnete Einwanderungspolitik“ stark, bei der zwischen „qualifizierter Einwanderung und Flüchtlingsschutz“ unterschieden werden soll. Die Anerkennungsgesetzgebung plant die schwarz-gelbe Regierung dahingehend zu vereinfachen. Gleichzeitig sollen diejenigen, die „nicht schutzberechtigt [sind] [...] unser Land möglichst zügig wieder verlassen“. Woran festgemacht wird, wer als schutzbedürftig gilt, benennt der Vertrag nicht. Wenn die Chance nicht genutzt werde freiwillig aus Deutschland auszureisen, „muss das Recht angewendet und Ausreisepflichtige konsequent abgeschoben werden“, so der Koalitionsvertrag. Um Abschiebungen außerdem zu beschleunigen, soll ein Arbeitsstab Rückkehrmanagement eingerichtet werden. Dabei unterstützen FDP und CDU die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer. Eine Positionierung zu Afghanistan hingegen sucht man vergeblich im Vertrag.

Stattdessen will die schwarz-gelbe Landesregierung „Strategische Fahndung[en]“ also „anlassbezogene, verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrolle[n] unter Berücksichtigung der aktuellen europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben und Rechtsprechung.“ In der Praxis würde dann erst recht Racial Profiling begünstigt.

Klimaschutz und Arbeit: Minimalismus und wenig Familienfreundlichkeit

Um aktiv für den Klimaschutz zu kämpfen, hält die neue Landesregierung an dem Pariser Abkommen fest. Das Landes-Klimaschutzgesetz solle aber soweit geändert werden, dass es allein die Ziele der Europäischen Union und nicht zusätzliche „klimapolitisch unwirksame und bürokratische Bevormundung“ verfolge. Auch der Braunkohleausstieg wird nicht konkret benannt. So heißt es: „Fossile Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Braunkohle, Steinkohle und Erdgas wird als Brückentechnologie noch auf absehbare Zeit unverzichtbar sein.“ Die Motivation für einen Ausstieg wird nicht deutlich, dieser scheint damit in weite Ferne zu rücken.

Ihre Arbeitspolitik wollen die Koalitionspartner auf „Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität“ gründen. Neben einer Stärkung der Gründer*innenszene sollen vor allem



121 Seiten skizzieren wie in NRW die kommenden fünf Jahre gestaltet werden sollen. (Foto: caro)

Maßnahmen ergriffen werden, Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen. Hierzu ist eine Bundesratsinitiative geplant, die die „Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen im SGB II so neu gestalten [soll], dass sie motivieren, die Bedürftigkeit Schritt für Schritt zu verlassen“. Wie diese Gestaltungsmöglichkeiten aussehen, wird offen gelassen. Dass es Arbeitslosen nicht zwangsläufig an Motivation mangelt, sondern weitreichende Gründe eine Rolle für ihre finanzielle Situation spielen, wird hierbei unterschlagen. Arbeitslosigkeit wird als Individualschuld und nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen. Obwohl laut Vertrag immer wieder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angestrebt wird, wollen CDU und FDP das Ladenöffnungsgesetz überarbeiten und dem Einzelhandel acht statt der bisherigen vier verkaufsoffenen Sonntage gewähren. Das Thema gleichgeschlechtliche Ehe findet im Übrigen im Koalitionsvertrag keinerlei Erwähnung. Mit Familienfreundlichkeit hat das alles wenig zu tun.

Um den Koalitionsvertrag endgültig zu beschließen, müssen sowohl Armin Laschet als auch Christian Lindner noch die Zustimmung ihrer Parteien einholen. Bei der CDU entscheidet darüber ein Parteitag, bei der FDP eine Mitgliederbefragung. Von insgesamt 12 Ministerien, fallen drei rund um die Bereiche Integration, Familie, Wirtschaft, Digitalisierung und Schule in die Verantwortung der FDP. Die CDU wird fortan neun Ministerien rund um Finanzen, Arbeit, Gesundheit, Inneres, Justiz, Umwelt, Landwirtschaft, Verkehr, Bau, Wissenschaft, Kommunales und Bundes- und Europaangelegenheiten bekleiden. Am 27. Juni wird die derzeit einzige schwarz-gelbe Landesregierung in Deutschland amtlich: Dann soll Armin Laschet zum neuen NRW-Ministerpräsidenten gewählt werden.

[caro/rat]

Ballern!

Rauschkontrolle und Drogenpolitik

Kritik & Kuchen

Security und Polizeipatrouillen auf dem Campus statt Suchthilfe: Die Universität bemüht sich, Drogenkonsumierende getreu dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ vom Campus zu vertreiben. Darauf und auf die Frage, welche Rauschzustände uns im Alltag begleiten, geht Schriftsteller und Journalist Daniel Kulla in der Auftaktveranstaltung der Reihe „Kritik und Kuchen“ der Fachschaft Soziale Arbeit ein.

↗ **Donnerstag, 22. Juni, 19 bis 21 Uhr, Campus Essen, So6 So6 B29, Eintritt frei Uhr**

Bilden!

NSU-Monologe in Dortmund

Vor fünf Jahren enttarnte sich der NSU unfreiwillig selbst. Nun erzählen Angehörige dreier Hinterbliebenenfamilien von ihrem ersten Trauermarsch und dem Kampf gegen rassistische Behörden. Auch Can Dündar, ehemaliger Chefredakteur der regierungskritischen türkischen Zeitung *Cumhuriyet*, wird zu Gast sein. Die Aufführung ist auf Türkisch, es wird englische und deutsche Untertitel geben. Um Voranmeldung unter dief.dortmund@aol.de wird gebeten.

↗ **Freitag, 23. Juni, 20 bis 23 Uhr, Dietrich-Keuning-Haus, Dortmund, Eintritt frei**

Bestaunen!

Vernissage Aktfotofix

Nacktheit ist auch Ausdruck von Freiheit und Lebensfreude! Die Künstler Ali Altin und Jochen Goerlach hatten die Idee, mobile Fotokabinen aufzustellen, wo sich alle Freikörper-Begeisterten entblättern und den entkleideten Moment in Polaroid- und Digitalfotos festhalten konnten. Nun stellen die Künstler einige der Werke aus.

↗ **Freitag, 23. Juni, 19 bis 1 Uhr, Clowns und Pferde, Frankfurter Straße 33, Essen, Eintritt frei**

Offline ist das neue Online

Vergangene Woche fand die weltgrößte Videospielemesse E3 in Los Angeles statt. Dort wurden die neuesten Blockbuster-Spiele vorgestellt. Laut *statista.com* wird die Branche allein im Jahr 2017 einen Umsatz von etwa 75 Milliarden US-Dollar erwirtschaften und damit die Filmbranche weit hinter sich lassen. Aber was ist mit der Vergangenheit? aktuell-Redakteur Meiko Huismann sprach mit Pierre Cournoyer, Vorsitzender und Mitbegründer des Vereins Insert Coins e.V., über den Charme alter Spielekonsolen, der heutigen Spielebranche und wie Senior*innen auf Videospiele reagieren würden.

aktuell: Was war deine erste Erfahrung mit Videospiele?

Pierre Cournoyer: Wie bei so vielen kleinen Jungen aus meiner Generation: Ich habe was bei Freunden oder im Fernsehen gesehen und habe es mir vom Weihnachtsmann gewünscht. Dann lag der NES [Anm. der Redaktion: Nintendos erste Spielekonsole kam in den 1980er in Deutschland auf den Markt] unterm Weihnachtsbaum. Ich war fasziniert davon das Antennenkabel in den Fernseher zu stecken und Super Mario von links nach rechts über den Bildschirm zu bewegen. So verbrachte ich die kalten Monate. Ich bin ganz normal damit groß geworden. Meine Eltern gingen in keine Spielhallen oder Ähnliches.

aktuell: Seitdem haben sich Videospiele enorm entwickelt und sind zu einer festen Größe in vielen Wohnzimmern weltweit avanciert. Der Fortschritt geht sogar so weit, dass man mit Hilfe von Virtual Reality-Brillen mittlerweile in eine andere Welt eintauchen kann. Wie siehst du die Entwicklung?

Cournoyer: Absolut positiv. Ich bin pro besserer Grafik und Fortschritt. Als ich das erste Mal so eine VR-Brille aufhatte, war ich so geflashed, es erinnerte mich daran, wie ich damals als kleiner Junge vor dem Nintendo saß. Sehr faszinierend. Der Kritikpunkt an den heutigen Spielen ist aber ein anderer. Ich nehme gerne den Vergleich von *Tomb Raider 3*. Ich habe mich damals stundenlang mit Lara Croft durch die Welt gekämpft, und für die Rätsel habe ich Stunden gebraucht. Die heutigen Teile von *Tomb Raider*, das gilt auch für eine ganze Reihe anderer Spiel aus der heutigen Zeit, sind geskriptet. Das bedeutet, dass man als Spieler schon an die Hand genommen wird und man wenig selber erkunden muss. So sind sie einfacher und die Spiele können einer großen Masse zugänglich gemacht werden. Viele der heutigen Spiele haben einen



Das Mario Kart Turnier bei der 8bit.ism findet einmal im Jahr in den Flottmannhallen in Herne statt. (Foto: mehu)

vordefinierten Spielspaß von zehn bis zwölf Stunden.

aktuell: Also sind die heutigen Videospiele nicht mehr innovativ?

Cournoyer: Es gibt definitiv innovative Spiele. Jedoch haben es diese meist von kleineren Entwicklerfirmen enorm schwer am Markt, wenn die etablierten Firmen so viel Geld generieren. Spiele müssen sich am Markt etablieren. Kreative Ideen haben es da sehr schwer. Den großen Firmen geht es vorrangig um den Mainstream. Kommt es dann doch mal vor, dass eine kleine Entwicklerfirma mit ihrem Konzept Erfolg hat, wird sie nicht selten von einer Großen aufgekauft.

aktuell: 2014 hast du mit ein paar Freunden den Verein Insert Coins gegründet. Wie kam es dazu?

Cournoyer: Die Idee war ganz einfach mit unserer Clique einen Raum zu finden, um *Mario Kart* zu spielen. Dann haben wir über die Stadt Herne einen bezahlbaren gefunden und uns regelmäßig zum Zocken getroffen. Das kam bei unseren Freunden so gut an, dass wir uns überlegt haben, wie wir Menschen Videospiele zugänglich machen. Dann ist 2014 der Verein entstanden und mittlerweile zählen wir 35 Mitglieder, die sich regelmäßig treffen.

aktuell: Wer darf denn alles bei euch mitmachen?

Cournoyer: Alle, die Freude an alter Technik und Videospiele haben. Von Jung bis Alt ist jeder herzlich willkommen. Wir treffen

uns jeden Mittwochabend und zocken gemeinsam oder tauschen uns einfach aus. Einmal im Jahr stellen wir unsere alten Konsolen und Spielautomaten in den Herne Flottmannhallen zum Spielen aus und kommen mit den Menschen ins Gespräch. Es kommen häufig Eltern mit ihren Kindern, um denen zu zeigen, was sie selber als Kinder gespielt haben. Wir wollen uns dem Mainstream zugänglich machen ohne Mainstream zu generieren. Unser Motto lautet: Offline ist das neue Online. Der Trend geht ja dahin, dass man fast nur noch online miteinander spielt. Das wollen wir nicht. Ich möchte schon den Leuten ins Gesicht schauen, beim Gewinnen, aber auch beim Verlieren. Es geht ja schließlich auch um Emotionen und das Miteinander. Das ist beim Onlinespielen schwierig und da fehlt meiner Meinung nach das Emotionale. Leider haben wir auch nur zwei Frauen in unserem Verein. Da sind wir auch schon fleißig und fragen uns wieso das so ist und arbeiten daran, wie wir unseren Verein für mehr Frauen ansprechender machen.

aktuell: Was sind eure kommenden Projekte?

Cournoyer: Wir planen in viele Richtungen. Zum Beispiel wollen wir – auf lange Sicht gesehen – unsere Konsolen und Spielautomaten mal einer anderen Gruppe zugänglich machen, die mit sowas nie in Berührung gekommen sind. Senioren zum Beispiel. Ein anderes Projekt ist auch, dass wir medienpädagogisch mit Kindern arbeiten möchten. Stichwort: Medienkompetenz. Aber das sind Überlegungen, die wir anstreben aber buchstäblich noch in den Kinderschuhen stecken.

aktuell: Also kann man den Verein nicht mit einem Oldtimerverein vergleichen, der Spaß an den alten Schätzen hat?

Cournoyer: Wenn Menschen zu uns kommen und in Erinnerungen schwelgen, ist das völlig in Ordnung. Wir wollen ja auch unsere alten Schätzchen gerne präsentieren. Aber wieso sollen wir nicht auch unseren Teil für die Gesellschaft beitragen, indem wir das machen, was wir machen. Spaß an Videospiele haben und dies weitergeben.

Ihr habt die Möglichkeit schon am kommenden Samstag, 24. Juni, Insert Coins e.V. kennenzulernen. Denn dann heißt es „Level 8- let's play“ in der Overwegstraße 32, in Herne. Dort könnt ihr zwischen 15 und 22 Uhr ausgiebig an alten Konsolen und Retro-PC-Spiele zocken. Der Eintritt kostet 5 Euro, unter 18-Jährige haben sogar freien Eintritt. Weitere Informationen findet ihr auf www.insert-coins.wtf.

„Antisemitische Bilder entkräften“



Synagogen müssen noch immer polizeilich gesichert werden – so auch in Duisburg. Dass Antisemitismus auch in Europa im Jahr 2017 ein großes Problem ist, zeigt die Arte-Doku *Auserwählt und ausgegrenzt*. (Foto: fro)

Wochenlang echauffierten sich zahlreiche Menschen darüber, dass sich Arte weigerte, die Dokumentation *Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa* auszustrahlen. Vergangene Woche veröffentlichte Bild für 24 Stunden die Dokumentation. Ein sehenswerter Film, der detailliert über die Facetten des Antisemitismus informiert, meint auch Sozialwissenschaftler Kevin Culina.

„Zensur“ nannten es viele, die die *Arte*-Dokumentation sehen wollten. „Der Verdacht liegt nahe, dass wir die Doku deshalb nicht sehen dürfen, weil sie ein antisemitisches Weltbild in weiten Teilen der Gesellschaft belegt, das erschütternd ist“, verlautet *Bild*-Reporter Claas Weinmann im Vorfeld der Dokumentation, die nun auch ihren Weg auf andere Videoplattformen gefunden hat. Nun soll sie doch im Öffentlich-Rechtlichen ausgestrahlt werden: Nämlich am Mittwoch, 21. Juni, im *ARD* mit anschließender Diskussion bei *Maischberger*.

Der Sender *Arte* widerspricht den Zensurvorwürfen indes vehement. Der Fokus liege nicht wie abgesprochen auf dem Antisemitismus in Europa, sondern auf dem Nahen Osten, heißt es von *Arte*-Programmdirektor Alain Le Deberder gegenüber der *Bild*. Dabei spielt der israelisch-palästinensische Konflikt eine entscheidende Rolle für den europäischen Antisemitismus, weiß Kevin Culina, Sozialwissenschaftler und freier Journalist: „Eine Reise nach Israel und Palästina kann, und das zeigt der Film sehr aufschlussreich, antisemitische Bilder in Europa faktenreich entkräften und den dortigen Konflikt entmystifizieren.“

Tatsächlich bietet die Dokumentation der Idee sowie der Entstehung Israels als jüdischen Staat ebenso viel Raum wie dem Nahost-Konflikt und zeigt auch Beispiele von friedlichem Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Außerdem verknüpft die Dokumentation den europäischen Antisemitismus sinnvoll mit Analysen von Nahost-Expert*innen. Die Einschätzung des *Arte*-Programmdirektors hinkt, wie verschiedene

Schwerpunkte in dem 90-minütigen Film zeigen. Der Film beginnt mit einer Rede von Mahmoud Abbas, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, im vergangenen Jahr im Brüsseler EU-Parlament. Die Gelegenheit nutzte er, um Israel zu dämonisieren und dem Staat eine quasi allumfassende Macht zuzuschreiben: Würde die „Besatzung“ palästinensischer Gebiete beendet, würden „Terrorismus, Extremismus und Gewalt auf der ganzen Welt verschwinden“, meint Abbas. In der Argumentation erkennt Filmemacher Joachim Schröder eine Analogie zu Julius Streicher, Herausgeber der Hetzschrift *Der Stürmer* im NS-Regime. „Ohne Lösung der Judenfrage keine Lösung der Menschheit“, hieß es von dem Nationalsozialisten.

Außerdem, führt Abbas aus, würden Rabbiner planen, Wasser zu vergiften, um Palästinenser*innen zu töten. „Das ist eine der Ritualmordlegenden, die seit dem Mittelalter in Europa kursieren, um Juden zu vertreiben und zu ermorden“, ordnet der Kommentator das Gesagte treffend ein. Bereits im Mittelalter bezichtigte die Bevölkerung Menschen jüdischen Glaubens, Brunnen vergiftet und so die Pest verbreitet zu haben. Trotzdem lässt es sich Martin Schulz (SPD), seinerzeit Präsident des Europäischen Parlaments und heutiger Kanzlerkandidat für die deutsche Sozialdemokratie, nicht nehmen, die Rede Abbas' als „inspirierend“ zu bezeichnen. Zahlreiche weitere EU-Parlamentarier*innen applaudierten Abbas stehend. Auch der Antisemitismus in der Linkspartei wird angesprochen – bedingt durch das Ziel eines gesamteuropäischen Überblicks tritt das Thema jedoch nur am Rande auf.

Versteckt hinter Phrasen

Auch geht die Dokumentation auf Akteur*innen außerhalb der Parlamente ein, die sich auf antisemitische Denkkonstrukte berufen. Dabei zeigt sich, dass sich der moderne Antisemitismus im Deckmantel verschiedener Codierungen ausdrückt. Anstelle offen artikulierter Ablehnungen und Agitationen gegen Jüd*innen, würden heutige An-

tisemit*innen ihren Judenhass vor allem mit Dämonisierungen Israels ausdrücken. Oder Begriffe wie „angloamerikanisches Finanzkapital“ – oftmals untermalt mit jüdischen Personen wie der Bankiersfamilie Rothschild – paraphrasieren, so Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel in der Dokumentation. Eine Feststellung, die auch Culina und sein Kollege Jonas Fedders in ihrem Buch *Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact* herausgearbeitet haben (aktuell berichtete).

Raum finden auch Demonstrationen sogenannter antizionistischer Gruppen. Besonders im Zuge des Gaza-Krieges 2014 kam es dabei zu antisemitischen Vorfällen. Die Dokumentation zeigt Aufmärsche in verschiedenen europäischen Städten, darunter auch Essen. „Kindermörder Israel“, skandieren einige Demonstrierende, andere Teilnehmende huldigen unter geschwenkter Palästina-Flagge Adolf Hitler. In Folge einer Kundgebung von solid, der Jugendorganisation der Linkspartei, stürmten die Demonstrant*innen zur Konfrontation mit einer israelisolidarischen Kundgebung am Willy-Brandt-Platz (aktuell berichtete). Auch in Frankreich kommt es im gleichen Jahr zu antisemitischen Angriffen: Antizionist*innen greifen eine Pariser Synagoge an und verfolgen mit Stühlen bewaffnet die Gläubigen durch die Straßen.

Vielseitige Dokumentation

„Die Dokumentation gibt einen sehr guten Einblick in die Funktionsweisen und Facetten des israelbezogenen Antisemitismus und zeigt, wie dieser mit Elementen aus dem modernen Antisemitismus sowie dem christlichen Antijudaismus arbeitet“, resümiert Culina. Über den Nahost-Konflikt hinaus schafft der Film ein Bild des Antisemitismus sowohl im linken, als auch im rechten Lager. Er dokumentiert Sympathien für antisemitische Argumentationen innerhalb der Parlamente und der Entwicklungshilfe, Judenhass in den Medien und in der Popkultur sowie in migrantischen Communities. Besonders für bislang uninformierte Zuschauer*innen sei der Film aber an einigen Stellen zu „verkopft“, findet Culina. „Auch wenn der zynische Unterton des Kommentators sehr pointiert und passend ist, hätten einige Stellen für ein breites Publikum etwas aufgelockert und grundlegender erklärt werden sollen“, führt er aus.

Der Vorwurf des *Arte*-Programmdirektors, die Dokumentation sei einseitig, entspringe vor allem den Beiträgen israelischer Soldat*innen und Generäle, die als Spezialist*innen die militärische Strategie von Terrororganisationen wie der Hamas einordnen. Dass gerade sie ihre Expertise teilen sollten, sei unabdingbar, findet Culina. Aber: „Sicher wäre eine zusätzliche Einordnung durch eine*n Historiker*in sinnvoll gewesen.“ Zudem empfindet Culina die Kritik an einer mangelnden Kontroversität als redundant: „Eine Dokumentation über Antisemitismus muss einseitig sein. Sie muss sich der Kritik und dem Schutz der Betroffenen verschrieben haben. Ergebnisoffen darf sie nicht sein.“ [fro]

Achtung, Verwechslungsgefahr!



Professionalität und Sorgfalt sind bei Festivals das A und O. (Foto: dav)

Nachdem das Musikfestival Ring am Rock wegen Terrorgefahr unterbrochen werden musste, haben die Ermittler*innen nun die Ursache festgestellt: Ein Schreibfehler auf der Personalliste. Da hat sich Stock am Ring-Veranstalter Marcel Fliederberg also ganz umsonst über Muslim*as aufgeregt.

Seit Jahren steht das Festival am Schnürburgring hoch im Kurs bei Festivalbesucher*innen. Auch dieses Jahr gab es mit Headlinern wie *System of a Chaos*, *Begimma*, *Saftclub* und *Kammstein* wieder internationale Größen auf die Ohren. Doch die Festivalfreude wurde getrübt – die Polizei ging von einem möglichen Terroranschlag auf dem Festivalgelände aus, die Konzerte am Freitagabend mussten abgesagt werden.

Danach war lange Zeit nicht klar, wie konkret die Gefährdungslage vor Ort tatsächlich war und warum der Terrorverdacht entstanden ist. Nun bildet sich aus dem diffusen Dunst der Hinweise und Spekulationen endlich ein konkretes Bild. Und das malt ein Schreckensszenario an die Wand, eine Bedrohung für den ganzen Bürokratie-Staat und seine gelebte Sachlichkeit: Falsch geschriebene Namen.

„Die Namen der Verdächtigen waren falsch geschrieben, wiesen aber eine phonetische (klangliche) Ähnlichkeit mit den realen Schreibweisen auf“, erklärt Johannes Kunz, Präsident des pfälzisch-rheinländischen Landeskriminalamts, gegenüber der *Mainzer Allgemeinen Zeitung*. Ein folgenschwerer Schreibfehler für die Fans der beiden Freitags-Headliner *Lammstein* und (*Wasser*)*Boilers*.

Die *Boilers* konnten ihren Auftritt immerhin am Samstag noch nachholen und wurden im Timetable ins Vorabendprogramm zwischen Wirt, der schon in der TV-Show *Zwing meinen Song* das Sofa mit Aluhut-Anführer Chavier Nehduh teilte, und die Rockgruppe Schmiedsteaks verfrachtet.

Smog am Ding-Veranstalter Marke Bieberberg hatte nach der Absage am Freitag mit ganz viel Wut im Bauch noch eine Pressekonferenz gegeben. Unter frenetischem Jubel der anwesenden Pressevertreter*innen mit schwenkenden Deutschland-Fahnen erklärt er: „Ich bin der Meinung, es muss Schluss sein, mit ‚This not my Islam‘. Ich möchte endlich mal eine Demo sehen, die sich gegen diese Gewalttäter richtet. Ich habe bisher noch keine Moslems gesehen, die zu zehntausenden auf die Straße gegangen sind und sagen: ‚Was macht ihr da eigentlich?‘“

In gleißendem Jesus-Gewand erklärt der Retter des christlichen Abendschlandes weiter, er selbst habe damals ja auch ein Heer von Kreuzrittern gegen die Kindersoldaten des Rebellenführers und YouTube-Stars Joseph Kony angeführt, der versuchte, in Uganda einen christlich-theokratischen Staat auf der Basis der Bibel und der Zehn Gebote zu errichten – und dabei etwa zwei Millionen Menschen vertrieb und über 60.000 Kinder zu Soldat*innen machte. Dabei hatte Kony behauptet, dass er „vom heiligen Geist“ in seinem Kampf angeführt werde. Biederzweig schloss seinen Vortrag mit den Worten „This is not my Tony“. Hier enden wir mit den Worten: Don't fck with bureaucracy – sonst droht die nächste Wutrede. [dav]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Christian Patz

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat), Lorenza Kaib (lenz)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akuell.de

Web: www.akuell.de

HIRNAKROBATIK

			1		5
	3	6	4		7
8		5		7	
1			2	6	4
	6				8
	2	3		8	4
			5		3
		8		1	5
5			2		

WOHNHEIMGESCHICHTEN

